

# Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn



**Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom  
17.04.2023**

## Öffentlicher Teil

<b>Ort</b>	<b>Pfaffenhofen a.d. Glonn, Reisererstr. 5</b>	
<b>Vorsitzender</b>	<b>Zech, Helmut</b>	
<b>Schriftführer</b>	<b>Schwaak, Michael</b>	
<b>Eröffnung der Sitzung</b>	Der Vorsitzende erklärt die Sitzung um <b>19:30 Uhr</b> für eröffnet. Er stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung gemäß Art. 52 Bay. Gemeindeordnung (GO) ortsüblich bekanntgemacht wurden.	
<b>Anwesend</b>	<b>Von den 15 Mitgliedern (einschl. Vorsitzender) des Gemeinderates sind 13 anwesend.</b>  Zech, Helmut Berglmeir, Stefan Hartmann-Brockhaus, Tobias Kalmbach, Georg Kalmbach, Richard Klein-Kennerknecht, Margarete Lampl, Stefan Mang, Harald Merk, Florian Naßl, Bernhard Stoll, Dieter Wild, Stefan Wolf, Manfred  ab 19:34 Uhr	
<b>Es fehlen entschuldigt</b>	Steinhart, Marianne Weiß, Andreas	
	Der Vorsitzende stellt fest, dass der Gemeinderat Pfaffenhofen a. d. Glonn somit nach Art. 47 Abs. 2/3 GO beschlussfähig ist.	
<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>	Die letzte öffentliche Sitzungsniederschrift vom 27.03.2023 wird ohne Einwand genehmigt. 12 : 0 (ohne GRin Klein-Kennerknecht)	

## 1 Informationen

### Sachverhalt:

Tagesordnungspunkte aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung, für die die Veröffentlichung beschlossen wurde:

- Urkundengenehmigung: Messanerkennung und Auflassung zum Kauf FINr. 188/1 Gem. Weißenried.

Bürgermeister Zech informiert über folgende weiteren Themen:

- Ortsstraßen in Unterumbach  
Am 23.03.2023 fand eine Besprechung der Verwaltung und des Ing.-Büro Mayr zu den Fördermöglichkeiten beim Straßenbau bzw. der Straßenwiederherstellung in Unterumbach statt. Die Wiederherstellung der Straßen nach dem Kanalbau fallen unter die Förderung für den Kanalbau (RZWAs), hier beträgt die Förderung 70 % der zuwendungsfähigen Kosten. Förderfähig ist aber nur der vorher bereits vorhandene Standard (keine Verbesserungen wie z.B. neue Gehwege) und nur in dem Umfang, wie vom Kanalbau verursacht (z.B. nur Grabenbreite, nicht vollständige Straßenbreite). Alternativ können verkehrswichtige Straßen nach RZStra über das FAG oder das GVFG gefördert werden, dabei müssen aber gewisse Standards (z.B. Mindestbreiten von Fahr- und Gehbahnen) eingehalten werden, die z.T. nur durch Grunderwerb von den Anliegern möglich sind. Im Bereich des Gemeinschaftshauses in der Reisererstr. ist evtl. auch noch eine Maßnahme über die Dorferneuerung möglich, ggf. sind auch noch weitere Einzelmaßnahmen über die Dorferneuerung möglich (hierzu erfolgt die Prüfung durch das IB Mayr). Die Verwaltung versucht in Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro, unter Berücksichtigung der Fördersituation die für die Gemeinde jeweils kostengünstigste Lösung zu finden.
- Kletterwürfel für den Spielplatz am Sportgelände  
Die Abteilung Gymnastik und Fitness des VfL Egenburg möchte für den Spielplatz am Sportgelände einen Kletterwürfel kaufen und der Gemeinde (Grundstückseigentümerin) spenden. Die Gemeinde hätte nur die Kosten für den Fallschutz (ca. 2.500 €) zu tragen. Vom Jugendreferenten des Gemeinderats, GR Andreas Weiß, wird noch ein Antrag auf Förderung des Fallschutzes an die Bürgerstiftung gestellt.
- Der Landkreistag Baden-Württemberg hat einen „12-Punkte-Plan für eine realitätsbezogene Flüchtlingspolitik“ vorgestellt.
  - Europaweit gleichmäßige Verteilung
  - Harmonisierung der Integrations- und Sozialleistungen innerhalb der EU
  - Nationale Ankunftscentren zur erkennungsdienstlichen Behandlung und Registrierung
  - BAMF-Antragsstrecken zur schnellen Klärung von Aufenthaltchancen (24-Stunden-Verfahren)
  - Rückführung der Personen ohne Bleibeperspektive direkt aus den nationalen Ankunftscentren
  - Ausweitung der bilateralen Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern
  - Weiterverteilung von Asylbewerbern auf die Bundesländer nur mit Bleibeperspektive
  - Verbindliche Integrationsmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Unterbringung
  - Vollständige Kostenerstattung für kommunale Aufwendungen
  - Mehr Wohnraum, mehr Kitas, mehr Integration
  - Durch Standardabbau und Entbürokratisierung Personalnot begegnen
  - Arbeitsmigration bedarfsgerecht weiterentwickelnBürgermeister Zech weist auf die unverändert vorhandene Problematik auch im Landkreis Dachau hin. Nach seiner Meinung wird es bei unveränderten hohen Zahlen zu massiven Problemen kommen.

## 2 Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanungsverfahrens für das Grundstück Flst.-Nr. 612/5, Gemarkung Pfaffenhofen a.d. Glonn, Pfarrstraße 14 in Pfaffenhofen a.d. Glonn

### Sachverhalt:

Der Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanungsverfahrens vom 17.03.2023, sowie die Entwürfe der geplanten Bebauung liegt bzw. liegen den Gemeinderäten vor.

Als Begründung für die Notwendigkeit der Erweiterung des Bestandsgebäudes wird angeführt, dass das Gebäude Pfarrstraße 14 zukünftig als Mehrgenerationenhaus genutzt werden soll, um dort die künftige Pflege / Versorgung der Eltern im Alter gewährleisten zu können.

Da das geplante Bauvorhaben offensichtlich teilweise den Umgriff des Bebauungsplanes „An der Pfarrstraße“ überschreitet, fand ein unverbindliches Gespräch mit Herrn Brugger vom Ingenieurbüro Brugger statt.

Einschätzung von Herrn Brugger:

- Überschreitung des Umgriffs des Bebauungsplanes „An der Pfarrstraße“. Der Bebauungsplan müsste definitiv geändert werden.
- Überschreitung des Umgriffs der 25. Änderung des Flächennutzungsplanes. Der Flächennutzungsplan muss evtl. geändert werden. Abklärung mit Fachbehörden.
- In die Ausgleichsfläche Lehmbau wird eingegriffen. Diese ist vermutlich anzupassen. Abklärung mit Fachbehörden.
- Möglicherweise ist der Bebauungsplan Sondergebiet Freiflächenfotovoltaik Pfaffenhofen a.d. Glonn „Am Sonnenacker“ auch betroffen und müsste dann geändert werden. Prüfung durch Planungsbüro.

## Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Durchführung eines Bauleitplanungsverfahrens grundsätzlich zu. Vor Einleitung eines Bauleitplanungsverfahrens sind die Voraussetzungen für die Umsetzung zu klären.

Sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit dem beantragten Bauleitplanungsverfahren stehen, sind von der Antragstellerin zu tragen (Vorprüfung, Durchführung des Verfahrens, Ausgleichsflächenregelung usw.). Ein entsprechender Planungskostenübernahmevertrag ist mit der Antragstellerin abzuschließen.

Das Ingenieurbüro Brugger wird, nach Angebotseinholung, mit der Vorprüfung zur Umsetzung eines Bauleitplanungsverfahrens beauftragt. Sollte die Vorprüfung ergeben, dass ein Bauleitplanungsverfahren möglich ist, wird das Ingenieurbüro Brugger, nach Angebotseinholung, mit der Durchführung sämtlicher nötiger Verfahren beauftragt.

Bezugnehmend auf die Begründung für die Notwendigkeit der geplanten Erweiterung des Bestandsgebäudes ist ein lebenslanges Wohnrecht für die Eltern der Antragstellerin einzutragen.

**Abstimmungsergebnis: 12:1**

## 3 Zuschussantrag der Kirchenverwaltung Egenburg für die Renovierung der Kapelle in Miesberg

### Sachverhalt:

Die Kath. Pfarrkirchenstiftung Odelzhausen stellt im Namen der Kirchenverwaltung Egenburg einen Zuschussantrag für den dringend benötigten Außenanstrich der Kapelle St. Richard in Miesberg (Reinigung, Grundierung und streichen, Sockelblech an der Eingangstüre ausbessern).

Gem. den vorliegenden Angeboten belaufen sich die Gesamtkosten für die Maßnahme auf 8.021,79 €.

Hinweis der Verwaltung: Die Geschichte der Kapelle St. Richard in Miesberg ist in der Gemeindechronik (S. 368 – 372) oder unter <http://kirchenundkapellen.de/kirchenko/miesberg.htm> nachzulesen. Die Gemeinde bittet die Antragstellerin, die Frage der öffentlichen Zugänglichkeit und Nutzung der Kapelle für die Zukunft zu überdenken. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation der Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn schlägt die Verwaltung vor, dass der beantragte freiwillige Zuschuss von einer gewissen öffentlichen Zugänglichkeit der Kapelle abhängig gemacht wird. In welchem Umfang diese Zugänglichkeit möglich ist, soll die Kirchenverwaltung Egenburg entscheiden, wobei die Mindestforderung zwei Tage pro Jahr betragen soll.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat bewilligt einen Kostenzuschuss in Höhe von 300 €.

**Abstimmungsergebnis:** 13:0

## 4 Erledigung der örtlichen Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2022

**Sachverhalt:**

Die örtliche Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2022 wurde am 15.03.2023 vom Rechnungsausschuss durchgeführt. Es ergaben sich folgende Feststellungen:

**Feststellung:**

Bei der Auszahlung der Sitzungsgelder für 2021 (HhSt. 00000.40000, Bel. 2/2022) fehlt die übliche Liste mit den Sitzungsteilnehmern, daher ist die Berechnung der ausgezahlten Sitzungsgelder nicht nachvollziehbar.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Liste wurde dem Beleg beigelegt und nachgescannt. Künftige Beachtung wird zugesagt.

**Feststellung:**

Zu verschiedenen Krediten sind keine Belege vorhanden:

Zinsen (HhSt. 91000.80700) zu Darlehen # 320010642 (Beleg 3), zu Darlehen # 1000 240 119 (Bel. 5) und # 1000 368 216 sowie zu Darlehen ZV (keine Buchung);

Tilgung Darlehen # 1000 240 119 (HhSt. 91000.97760, Bel. 1).

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Zinszahlungen für die Darlehen # 320010642 und # 1000 240 119 wurden mittels Allgemeiner Zahlungsanordnung angewiesen. Die Allgemeinen Zahlungsanordnungen werden über das Jahr gebucht und nach dem Ende des Haushaltsjahres mit den entsprechenden Belegen eingescannt. Für das Jahr 2022 ist das Einscannen aufgrund der Arbeitsbelastung in der Kasse bisher noch nicht erfolgt, dies wird unverzüglich nachgeholt. Die Zinsen für das Darlehen ZV wurden in 2022 nicht angefordert und verbucht, die Zinszahlung wird im Jahr 2023 nachgeholt.

Bei der Tilgungsleistung für das Darlehen # 1000 240 119 wurde der Beleg bisher ebenfalls noch nicht gescannt (Ablage zusammen mit den Allgemeinen Anordnungen für die Zinsen), dies wird ebenfalls unverzüglich nachgeholt.

**Feststellung:**

Zum Kreditvertrag # 1000368216 wurde über die lt. Beschluss vom 8.8.2022 aufzunehmenden 2,6 Mio. € keine Unterlagen in der Buchhaltung gefunden.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Beschluss vom 8.8.2022 wurde mit Beschluss vom 10.10.2022 nach entsprechender Rückmeldung durch das Kreditinstitut abgeändert. Im Rahmen der Förderung nach dem KommWFP kann das zinsverbilligte Darlehen zwar in zwei Raten, aber nur zu den gleichen Bedingungen (gleiche Laufzeit, gleiche Zinsbindungsfrist) aufgenommen werden. Daher wurde (entsprechend dem Beschluss vom 10.10.2022) ein Darlehensvertrag über insgesamt 3,6 Mio. € mit einer Laufzeit von 30 Jahren und einer Zinsbindung von 20 Jahre abgeschlossen. Die erste Rate über 1 Mio. € wurde in 2022 abgerufen. Die 2. Rate über 2,6 Mio. € soll im Jahr 2023 abgerufen werden. Die entsprechenden Vertragsunterlagen sind in der Kämmererei archiviert, Zahlungen zur 2. Rate werden erst in 2023 kassenwirksam und auch dann erst verbucht.

## **Feststellung:**

Zu einem Sicherheitseinbehalt über 11.759,50 € wurden im Verwahrkonto 00014 keine gescannten Belege vorgefunden.

## **Stellungnahme**

Die Sicherheitseinbehalte werden bei der jeweils einschlägigen Haushaltsstelle (in dem Fall bei 63029.95000, Bel. 1/2022) als Ausgabe verbucht, dort existiert eine entsprechende Auszahlungsanordnung mit Belegen. Auf dem Verwahrkonto 00014 werden die Sicherheitseinbehalten dann vereinnahmt und verbleiben dort, bis entweder eine entsprechende Mängelanspruchbürgschaft vorgelegt wird oder die Gewährleistungsfrist ohne Beanstandung abgelaufen ist. Für die Vorschuss- und Verwahrkonten (VV-Konten) werden keine Kassenanordnungen erstellt, dem entsprechend gibt es keine eingescannten Belege. Die Belege für die VV-Konten werden in der Kasse lediglich in Papierform abgelegt.

## **Feststellung:**

Bei HhSt. 88000.54000, Bel. 1 ist kein Beleg archiviert.

## **Stellungnahme**

Bei dem Beleg handelt es sich um eine wiederkehrende Zahlung, die mit einer Allgemeinen Anordnung angewiesen wurde. Die Belege werden unverzüglich nachgescannt (siehe vorstehende Ausführungen bei den Ausgaben für Darlehnszinsen und –tilgungen).

## **Feststellung:**

Bei HhSt. 88000.54000, Bel. 22 wurde zu viel überwiesen.

## **Stellungnahme**

Die Auszahlung bei Bel. 22 war versehentlich zu hoch. Der Fehler wurde bemerkt und mit Beleg 35 entsprechend korrigiert (Minusbuchung von 46,23 €, Ausgleich durch entsprechende Rücküberweisung des Empfängers).

## **Feststellung:**

Bei HhSt. 59000.95000 wurden keine Belege archiviert zu den Belegnummern 1, 2, 7, 8, 22, 23, 24 und 25.

## **Stellungnahme**

Die Belege (Kassenanordnungen und begründende Unterlagen wie Rechnungen usw.) waren in Papierform abgelegt, aber nicht ordnungsgemäß gescannt. Die Belege wurden nachgescannt.

Als Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses wurde festgestellt, dass keine gravierenden Beanstandungen vorliegen.

## **Beschluss:**

Die Feststellungen der örtlichen Rechnungsprüfung können damit als erledigt betrachtet werden.

**Abstimmungsergebnis:** 13:0

## **5 Feststellung der Jahresrechnung 2022**

### **Sachverhalt:**

Die Erläuterung zur Jahresrechnung 2022 wurde als Anlage bereitgestellt.

**Beschluss:**

Die Jahresrechnung 2022 wird gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 13:0

## 6 Entlastung der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2022

**Sachverhalt:**

Es wird der Antrag gestellt, der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2022 die Entlastung nach Art. 102 Abs. 3 GO zu erteilen.

Beratung und Beschlussfassung ohne Bürgermeister Zech wegen persönlicher Beteiligung.

**Beschluss:**

Der Verwaltung wird für das Haushaltsjahr 2022 die Entlastung nach Art. 102 Abs. 3 GO erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** 12:0

Beratung und Beschlussfassung ohne Bürgermeister Zech (persönlich beteiligt).

## 7 Anfrage zur Schaffung einer zusätzlichen Zufahrt zu dem Grundstück Flst.-Nr. 805/21 der Gemarkung Pfaffenhofen a.d. Glonn, Gerda-Hasselfeldt-Ring 4, 85235 Wagenhofen

**Sachverhalt:**

Der Eigentümer eines Grundstücks am Gerda-Hasselfeldt-Ring im Gewerbegebiet Wagenhofen beabsichtigt sein Grundstück von Norden (ehemalige St 2052) über das Grundstück Flst.-Nr. 805/1 mit einer zusätzlichen Zufahrt zu erschließen (siehe Anlage 1). Momentan wurde in Absprache mit der Verwaltung, analog zu der Zufahrt eines weiteren Grundstücks am Gerda-Hasselfeldt-Ring, bereits eine temporäre Zufahrt mit entsprechenden Auflagen erstellt.

Der fragliche Bereich zwischen Grundstück und ehemaliger St 2052 ist im Bebauungsplan „Gewerbegebiet Wagenhofen“ als „Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (öffentliche Flächen)“ gekennzeichnet (siehe Anlage 2). Solche Flächen sind generell von jeglicher Bebauung freizuhalten. Zur Umsetzung der gewünschten, zusätzlichen Zufahrt müsste in jedem Fall der Bebauungsplan „Gewerbegebiet Wagenhofen“ geändert werden (siehe Anlage 3).

Zusätzlich fand am 22.03.2023 ein Gespräch mit Herrn Brugger vom Ingenieurbüro Brugger im Rathaus statt: Da die Flst.-Nr. 805/1 im Bereich der alten St 2052 lediglich zwischen ca. 12 m und ca. 16 m breit ist, können dort, laut Herrn Brugger, keine separaten Gewerbeflächen entstehen. Durch den Wegfall des Grüngürtels entstünde außerdem erheblicher zusätzlicher Ausgleichsbedarf, der neu geprüft werden müsste. Allenfalls könnte man sich eine Vergrößerung der bestehenden Grundstücke in diesem Bereich vorstellen (siehe Anlage 4).

Um in Zukunft noch die Möglichkeit zu haben entlang der alten St 2052 evtl. einen Geh- und Radweg zu errichten soll ein Streifen mit 6 m Breite in gemeindlichem Eigentum verbleiben. Die Gesamtgröße des fraglichen Bereichs beträgt dann ca. 5.200 m².

## Beschluss:

Die Verwaltung soll die Kosten für eine mögliche Änderung des Bebauungsplanes beim Büro Brugger einholen. Die betroffenen Bestandseigentümer sollen angefragt werden, ob Interesse am Erwerb der zusätzlichen möglichen Flächen besteht.

Der Verkaufspreis für die in Anlage 4 gekennzeichneten Flächen soll ... €/m<sup>2</sup> betragen. Zusätzlich zum Kaufpreis für Grund und Boden sind Kanal- und Wasserherstellungsbeiträge nach der jeweiligen Satzung zu entrichten.

Nach erfolgter Beteiligung der Bestandseigentümer sollen die Ergebnisse in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen behandelt werden.

**Abstimmungsergebnis: 3:10**

---

Helmut Zech  
1. Bürgermeister

---

Michael Schwaak  
Schriftführer